



Fotostrecke Zwangsarbeiter in Bremen: Die Würde der Toten

Foto: Sina Schuldt / dpa

Sowjetische Kriegsoffer in Deutschland: Die Gräber der Namenlosen

Ein Neubau soll entstehen – aber liegen auf dem Bauplatz nicht Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit begraben? Ein Fall aus Bremen erzählt vom westdeutschen Umgang mit den sowjetischen Opfern des Nationalsozialismus.

Von Frank Keil 28.06.2021, 19.15 Uhr

»Hier waren überall Baracken für die Zwangsarbeiter und die Kriegsgefangenen«, sagt Dieter Winge. In Bremen-Oslebshausen mussten sie ab 1941 für die Hafenwirtschaft schuften – und für die Kriegswirtschaft. Der Sozialpädagoge zeigt im weiten Bogen übers Gelände, dreht sich einmal um seine Achse. Der Hauptbahnhof ist nur zehn Minuten entfernt, die Hafenbecken und -anlagen der Weser sind nahe, zwischen Gleisen viel freie Fläche. Die Stadt Bremen will sie nutzen: Eine Bahnwerkstatt soll entstehen, Züge bauen und instand setzen. Ein Großprojekt, sehr viel Geld ist im Spiel.

Wie viele Zwangsarbeiter waren hier interniert? 3000 vielleicht, oder auch deutlich mehr. »Und dann gab es den sogenannten Rasenfriedhof«, sagt Ekkehard Lentz, wie Winge Mitglied der örtlichen »Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu«. Ein hastig errichteter, versteckter Friedhof für [die Zwangsarbeiter](#), die Kriegsgefangenen, deren Leben nichts wert war.



Dieter Winge und Ekkehard Lentz: Es gilt das Prinzip der »ewigen Ruhe« Foto: Frank Keil

Bis heute ist nur wenig bekannt über den sowjetischen Friedhof in [Bremen](#). Und vieles unklar. In den Nachkriegsjahren fand man hier 446 Tote in der Erde. Sie sollen auf einen ordentlichen Friedhof in Bremen umgebettet worden sein – dort aber sind nur 70 Gräber verzeichnet, fanden Winge und Lentz in aufwendigen Recherchen heraus. 280 bis 300 Tote vermuten sie noch irgendwo im Boden. Liegen gelassen, vergessen, denn Pläne aus den unmittelbaren Nachkriegsjahren, den Toten einen offiziellen Friedhof zu errichten, wurden nicht weiterverfolgt.

Wo der Boden um vier, fünf Meter aufgeschüttet wurde und Hafen- und Bahngewerbe sich ausbreiteten, will nun die Stadt bauen. Das wirkt zunächst wie ein lokaler Konflikt, ist aber beim genauen Hinsehen ziemlich typisch dafür, wie (West-)Deutschland mit den sowjetischen Opfern des Zweiten Weltkriegs umgeht. Insgesamt 2,5 Millionen Frauen und Männer wurden allein zur Zwangsarbeit aus der Sowjetunion nach Deutschland verschleppt; zudem gab es mehr als fünf Millionen Kriegsgefangene, von denen etwa drei Millionen durch systematische Misshandlungen starben.

»Seit Jahrzehnten ein unwürdiger Zustand«

Die Bremer Bürgerinitiative setzt sich dafür ein, dass der inoffizielle Friedhof erhalten bleibt und an das Schicksal dieser Menschen erinnert. »Hier herrscht seit Jahrzehnten ein unwürdiger Zustand«, sagt Winge und zitiert [Paragraf 168](#) des Strafgesetzbuchs, Störung der Totenruhe. Auch seien Grabanlagen aus dem Kriegs- und Verfolgungskontext, in welchem Zustand auch immer, besonders geschützt. Tatsächlich gilt für Kriegsgräber, auch von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, das Prinzip der »ewigen Ruhe«.

Die Stadt Bremen hingegen will das Gelände wie geplant verkaufen und mit einer Bahnwerkstatt bebauen lassen. Immerhin soll vorher geprüft werden, was es mit den Kriegsgräbern auf sich hat: Geplant sei, die Fläche des Friedhofs »vollständig archäologisch zu untersuchen, die Grabung sorgfältig zu dokumentieren und sie unter Einbeziehung aller möglichen Quellen umfassend auszuwerten«, so die Auskunft von Uta Halle, Bremens leitender behördlicher Archäologin. Im Juli beginnen die Vorbereitungen, im August die ersten Grabungen.



Grab in Osterholz: Manchmal ist wenigstens ein Name bekannt

Foto: Frank Keil

Das Gelände gehört der Behörde für Wissenschaft und Häfen; Senatorin Claudia Schilling machte sich vergangene Woche davon persönlich ein Bild vor Ort. »Wir entscheiden im Laufe der Ausgrabungen oder danach, welche Form wir finden, um die sterblichen Überreste der Opfer würdig zu bestatten«, so ihr Sprecher Rainer Kahrs. Eine Friedhofsanlage vor Ort ist möglich, auch Umbettungen sind denkbar.

Doch das ist nicht immer eine gute Lösung, wie sich auf dem Friedhof Bremen-Osterholz zeigt. Dort sollen manche der Oslebshausener Toten seit der Nachkriegszeit liegen. Über einem Gräberfeld sind lange, schmale Grabplatten in den bemoosten Boden gelassen, darauf etwa die Namen von Anatoly Ferdorow oder von Kelina Oelnik. Aber wer waren sie, wo lebten sie zuvor? Und wie kamen sie überhaupt nach Bremen? Keine Tafel ist aufgestellt, kein Hinweisschild, nicht einmal Jahreszahlen ermöglichen eine zeitliche Einordnung.

»Es war halt ›der Russe‹, der hier liegt«

Etwas besser gelingt das auf dem Friedhof Ohlsdorf in Hamburg, wo 384 Kriegsgefangene bestattet sind: Eine Tafel erzählt auf Deutsch und Russisch vom Zwangseinsatz in der Hamburger Kriegsindustrie und den hohen Todeszahlen. Doch René Senenko von der örtlichen Geschichtswerkstatt ist damit nicht zufrieden: »Die Mehrheit sind gefangene Soldaten, aber hier liegen auch KZ-Opfer, Widerstandskämpfer, Deserteure und Kinder von Zwangsarbeiterinnen.«

Auch 43 sowjetische Offiziere wurden hier bestattet, man hatte sie im August 1941 gleich am Abend ihrer Ankunft im [KZ Neuengamme](#) erschossen. Darüber erfährt man nichts Konkretes, ebenso über die anderen Toten: »Es war halt ›der Russe‹, der hier liegt«, erklärt Senenko.



Fotostrecke: 10 Fotos

Zwangsarbeiter in Bremen: Die Würde der Toten

Foto: Sina Schuldt / dpa

Tief sitzende Ressentiments prägten in der Nachkriegszeit, im Kalten Krieg den westdeutschen Umgang mit den sowjetischen Toten: »Der Russe« wurde dämonisiert, galt nicht als Individuum, dem man mit Mitgefühl oder schlicht mit Neugier hätte begegnen können. Nicht interessiert habe ebenso, dass »der Russe« zuweilen aus der Ukraine oder dem Baltikum gekommen sei, aus Kasachstan, Kirgisien oder einem anderen Teil der weitläufigen Sowjetunion, sagt Senenko.

Erst in den Neunzigerjahren entwickelte sich eine lokale Erinnerungskultur. Örtliche Initiativen fragten und forschten, was es mit den Grabstätten auf sich hat. Die Verhandlungen über Entschädigungen für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene brachten das Thema ins breitere öffentliche Bewusstsein. Im Jahr 2000 entstand die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft und sollte rund 4,6 Milliarden Euro an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter auszahlen.

Finanziell kam Deutschland gut davon

Doch erst 2015 vereinbarte man eine Entschädigung für die geschätzt 4000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die noch lebten; dagegen hatten CDU/CSU und die FDP sich lange gewehrt. Jeder sollte 2500 Euro erhalten, nicht

gerade üppig. Tatsächlich kamen nur rund 2000 Anträge, ein Viertel wurde abgelehnt – finanziell gesehen kam Deutschland gut davon.

Immerhin: An das Schicksal der Verschleppten erinnern inzwischen frühere Gefangenenlager im niedersächsischen Sandbostel, in Zeithain (Sachsen) und in Buchenwald (Thüringen). 2016 unterschrieben der heutige Bundespräsident [Frank-Walter Steinmeier](#), damals Außenminister, und sein russischer Kollege [Sergej Lawrow](#) ein bilaterales Abkommen, damit russische und deutsche Historiker kooperieren, um die Schicksale von Kriegsgefangenen auf beiden Seiten aufzuklären. Die Namenlosen sollten einen Namen bekommen, Geburts- und Sterbedaten und damit eine persönliche Geschichte.

Mehr zum Thema

- [Hitlers Superbunker: Größenwahn in Stahlbeton Von Peter Maxwill](#)



- [Naziverbrechen: Das Massaker im Arnberger Wald Von Christian Parth](#)



- [Historiker über Kriegsgewinnler nach 1945: "Der Erfolg der westdeutschen Wirtschaft beruhte auf Zwangsarbeit" Ein Interview von Klaus Wiegrefe](#)



- [Tagebuch eines Zwangsarbeiters: "Wenn der Tod kommen soll, so bitte schnell"](#)



Seither forschen Archive und Institute beider Länder gemeinsam, sichten und digitalisieren Aktenbestände. Im Juni kamen bei einer deutsch-russischen Onlinetagung auch andere heikle Themen auf den Tisch: die schwierige Lage der zurückgekehrten Kriegsgefangenen in der UdSSR etwa oder die weitgehend unbekannt Schicksale der rund eine Million Soldatinnen, die auf sowjetischer Seite kämpften und von denen manche ebenfalls in Gefangenschaft gerieten.

Tagungsleiterin Heike Winkel vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge kennt den Bremer Fall gut und lobt die Bürgerinitiative: »Dass es Laien sind, schmälert in keiner Weise die Qualität ihrer Arbeit. Sie helfen uns enorm, weil sie in der Gegend so sehr in die Tiefe gehen.« Man werde auch mit den geplanten Grabungen nicht alle Namen der Bremer Verstorbenen klären können. Aber wichtig und gut sei schon, »dass man darauf aufmerksam macht, dass es dort eine Grablage gibt, dass dort viel mehr Menschen zu Tode gekommen und begraben sind, als man vorher wusste«.

Der Wille, nun auch dieses Kapitel des Nationalsozialismus tiefer aufzuarbeiten, ist erkennbar: 2020 beschloss der Bundestag ein Dokumentationszentrum für alle Opfer des Vernichtungskriegs in Berlin. Und am 22. Juni 2021, am 80. Jahrestag [des Überfalls auf die Sowjetunion](#), legte Frank-Walter Steinmeier am sowjetischen Ehrenmal Schönholzer Heide in Berlin-Pankow einen Kranz nieder.

Darf man wegen einer Werkstatt die Totenruhe stören?

Tags zuvor hatte er das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst besucht, die zentrale Gedenkrede gehalten, eine Ausstellung zu sowjetischen Kriegsgefangenen eröffnet. Er war dort als erster der bislang zwölf Bundespräsidenten. Die Aufmerksamkeit für die sowjetischen NS-Opfer kommt spät. Aber es gibt Bewegung.

Auch in Bremen? Der Initiative reicht die geplante Grabung nicht. Dieter Winge und Ekkehard Lentz fragen: Was, wenn man damals auch außerhalb des »Russen-Friedhofs« Menschen beerdigt hat? Und ist eine Bahnwerkstatt wirklich so wichtig, dass man dafür die ewige Ruhe der Kriegsgräber stören darf?

Die Bürgerinitiative ist, auch das gehört zum ganzen Bild, grundsätzlich gegen die Bahnwerkstatt: zu laut, zu heftige Emissionen, belastend fürs angrenzende Wohnquartier. Das bringt ihr vonseiten der Stadt den Vorwurf ein, sie würde die Toten auf dem vermuteten Gräberfeld nur instrumentalisieren.

Am Eingang des strittigen Geländes erinnert ein hölzernes Mahnmal an die hier Verstorbenen und Verscharren: ein stilisiertes orthodoxes Kreuz. Die Auszubildenden eines benachbarten Stahlwerks begutachten es immer mal wieder und setzen es, wenn nötig, instand.

Pläne, die so gut gelegene freie Fläche zu bebauen, gab es schon früher. Die NS-Behörden verabredeten in ihren Schriftwechseln im Spätherbst 1941, die Toten hier ohne jede Zeremonie in einfachen Holzkisten zu vergraben. Später sollten sie gar nur noch in Ölpapier gewickelt werden, damit die Körper noch schneller verwesen würden und man das Gelände bebauen könnte. Nach dem Krieg.